

Petra Hoffmann

Über Wahlen und ihre Folgen, die ostdeutschen Länder und die AfD

Am Morgen des 9. November 2016 stand fest, dass der 45. US-Präsident Donald Trump heißen würde. Von 538 Wahlmännern gewann er 289, Hillary Clinton nur 218. Noch am Abend zuvor hatten die Wahlanalysten einen mehr oder weniger knappen Sieg von Hillary Clinton vorausgesagt.

US Wahl 2016 und Wahl zur Volkskammer 1990

Was diese grandiose Wahl-Fehldiagnose betrifft, erinnert sie mich an die viel kleinere, aber ebenso falsche Wahlanalyse vor der DDR-Volkskammerwahl am 18. März 1990. Die Wahlanalysten hatten damals bis kurz vor der Wahl einen großen Vorsprung der neu gegründeten SPD vor der aus den ehemaligen Blockparteien geschmiedeten «Allianz für Deutschland» vorausgesagt. Doch am 18. März war die «Allianz für Deutschland» mit 40,8 Prozent die große Gewinnerin, die SPD erhielt lediglich 21,9 Prozent und die als PDS angetretene, ehemalige SED 16,4 Prozent der Wählerstimmen. Ich kann mich noch sehr gut an unsere Stimmung im SPD (DDR)-Vorstand erinnern, als wir am Montagmorgen des 19. März in der Berliner Rungestraße die Wahl zur ersten frei gewählten Volkskammer analysieren und ausführlich über mögliche Wahlaussagen diskutieren mussten. Was die politischen Auswirkungen auf die Welt betrifft, sind die der US-Wahl 2016 für die USA und die ganze Welt riesig und noch lange nicht abzusehen, die der DDR-Volkskammerwahl 1990 schienen damals nur für Deutschland bedeutend zu sein, waren aber ebenfalls nicht sofort abzusehen. Von heute aus gesehen, zeigten sich aber bereits erste Tendenzen eines «Populismus», denn die Mehrheit der Wählerinnen und Wähler wollte damals keine Wahlprogramme, sondern schnelle Veränderungen in Form der D-Mark, der Reisefreiheit und der «sozialen Marktwirtschaft». Eine vergleichbare Entwicklung wird anfangs ähnlich auch in Ungarn, Polen Tschechien und anderen osteuropäischen Ländern stattgefunden haben, dauert dort noch immer an, da diese Länder ihren eigenen Weg suchen mussten und noch immer suchen, während die DDR im Oktober 1990 Teil der Bundesrepublik geworden war.

Einigungsvertrag, Demokratieverständnis und politische Bildung

Mit dem Einigungsvertrag, der aufgrund des zur Verfügung stehenden engen Zeitraums nur «mit heißen Nadeln» gestrickt werden konnte, wurde vieles geregelt, was die ostdeutschen Bundesländer auf dem weiteren Weg in die «deutsche Einheit» begleiten sollte. Manches davon half, anderes nicht, manches fehlte, anderes war mehr als unnötig, wie beispielsweise die Übernahme noch jeder altbundesdeutschen Regel, selbst dann, wenn diese im alten Land bereits überflüssig geworden war.

Als eine der Bürgerrechtler/innen, die sich in der friedlichen Revolution 1989/90 endgültig politisiert hatte und an einem Runden Tisch (des Bezirks Halle) Demokratie lernte, weiß ich, wie wichtig politische Bildung im Allgemeinen ist und wie wichtig sie besonders ab 1990 in den neuen Bundesländern gewesen wäre. Doch weder im Einigungsvertrag noch sonst irgendwo wurde die Notwendigkeit einer umfassenden politischen Bildung in den ostdeutschen Bundesländern und deren Organisation ausführlich geregelt. Am ehesten haben sich daher an den Schulen, je nach Engagement der Schulleitung und einzelner Lehrer/innen, verschiedene Formen politischer Bildung entwickelt. Doch ein großer Teil der erwachsenen Bevölkerung wird sich ohne fremdes Zutun kaum politisch weiter gebildet haben, und in Parteien und Vereinen haben sich zunehmend auch nur jüngere Menschen engagiert. Ansonsten mussten die Menschen in Ostdeutschland mühsam alles Mögliche erlernen, von den Gesetzen über Regelungen in fast allen Lebensbereichen bis zur Steuererklärung. Über Demokratie und ein demokratisches Miteinander erfuhren viele von ihnen allerdings wenig.

Aus Gesprächen mit Freunden, die sich 1990 nicht so stark politisiert hatten wie die Bürgerrechtler/innen, hörte ich im Laufe der Jahre immer mehr Enttäushtes zur Demokratie

in Deutschland, immer mehr Missbehagen über Politiker und die politische Entwicklung in Deutschland. Obwohl meine Freunde das politische Geschehen aufmerksam in den Medien verfolgten und noch immer verfolgen, gehören sie dennoch eher zu der großen Gruppe derer, die sich seit 1990 nicht weiter politisiert haben.

Westdeutsche und Ostdeutsche und ihre gegenseitige Wahrnehmung

Dem Satz von Oskar Negt, dass die «Demokratie die einzige politische Gesellschaftsordnung ist, die gelernt werden muss», stimme ich zu, und ich gehöre zu den Ostdeutschen, die dementsprechend gern lernen. Aber dafür, dass jeder Mann, jede Frau und jedes Kind ebenfalls Lust darauf haben, Demokratie immer wieder zu lernen, bedarf es bestimmter Voraussetzungen, die in Ostdeutschland seit 1990 eben nicht im gleichen Maße gegeben waren wie in Westdeutschland.

Zuallererst ist die Erzählung der Bundesrepublik Deutschland in den Medien und andernorts eine westdeutsche geblieben. Beispielsweise sind die 68iger und alle anderen Helden und Antihelden fast ausschließlich Westdeutsche. Neben der Darstellung von deren Einfluss auf die Entwicklung der Bundesrepublik in den Medien und anderswo kommen die DDR und ihre Menschen nach wie vor nicht wirklich vor. Wir Bürgerrechtler/innen haben lange versucht, die Auswirkungen der 68iger-Bewegung des Prager Frühlings auf die DDR und andere osteuropäischen Länder, der Ausbürgerung von Wolf Biermann und des darauf einsetzenden Weggangs wichtiger Literaten, Schauspieler und Künstler auf uns, die wir noch immer in der DDR lebten, in die gesamtdeutsche Erzählung einzufügen, leider mit nur geringem Erfolg. Dabei war es diese Entwicklung, die letztendlich zur friedlichen Revolution 1989/90 in der DDR geführt hat. Die Bundesrepublik blieb und bleibt westdeutsch, und die Ostdeutschen fühlten und fühlen sich zu großen Teilen noch immer «draußen». Auf die jüngeren Menschen aus Ost und West trifft das nur noch wenig zu, ihre Biografien verlaufen vergleichbarer, aber viele von ihnen werden dennoch durch ihre Familien in eine bestimmte Erzählrichtung hinein erzogen.

Westdeutsche „Kriegsgewinnler“ aus Wirtschaft und Verwaltung in den 90iger Jahren

Nicht wenige Ostdeutsche, auch sehr gut ausgebildete und in ihrem Beruf erfolgreiche, mussten ab Mitte 1990 häufig um ihre berufliche Existenz kämpfen, erlebten dabei nicht selten so genannte «Kriegsgewinnler» aus Westdeutschland, denen sie häufig arbeitsplatzmäßig weichen mussten. Das trifft auf Universitäten und Hochschulen und den gesamten öffentlichen Dienst genauso zu wie auf die Wirtschaft im weitesten Sinne. Im öffentlichen Dienst, insbesondere in den Landesministerien, brach in den frühen Neunzigern und nach Weggang der ersten Aufbauhelfer die Zeit der «doppelten und dreifachen Sprungbeförderung» an, in denen Berufsanfänger oder nicht besonders gut ausgebildete «Atlanten West» in sehr kurzer Zeit in vergleichsweise hohe Ämter gelangten. Die «Einheimischen» hatten hingegen häufig keine Chance eines Aufstiegs, kämpften oft Jahre und meist vergeblich um die ihnen gebührende Position und Anerkennung. In den Betrieben wurde immer mehr Menschen entlassen, viele Betriebe mussten schließen, und die Enttäuschten waren immer öfter arbeitslos oder in prekären Beschäftigungsverhältnissen.

Dresden, Sachsen und Pegida – Rechtspopulismus zwischen Fremdenangst und Wende-Enttäuschung

Der Bezirk Dresden, das Elbsandsteingebirge und andere Gebiete in Sachsen galten zu DDR-Zeiten als das «Tal der Ahnungslosen», in dem der Empfang beispielsweise von ARD und ZDF nicht möglich war. Damit waren die Menschen dort bereits vor 1989 mehr von der politischen Weltlage «abgehängt» als in anderen ostdeutschen Gegenden. 1990 kamen Kurt Biedenkopf und seine Frau, und beide herrschten gemeinsam mit vielen Westbeamten fast feudalstaatlich über ihre Landsleute, von denen sie eher wenig wussten, wie die sich fühlten und was sie dachten. In anderen Ländern, bspw. Sachsen-Anhalt, wo ich viele Jahre in der Staatskanzlei arbeitete, sah es teilweise ähnlich aus, allerdings waren die politischen Gruppierungen hier etwas bunter und differenzierter. Im Raum Dresden und anderen Teilen von Sachsen jedoch haben auch die auf Biedenkopf folgenden Regierungen die «rechte» Gefahr unterschätzt.

Hinzu kommt, dass die Polizei in Sachsen, aber auch in anderen ostdeutschen Ländern, noch viele «Alt-Kader» in ihren Reihen haben dürfte, was sich seit Jahren immer wieder in kleinen und größeren, auch politischen Katastrophen zeigt. Die Vorfälle von Fremdenfeindlichkeit nahmen dabei auch schon vor der Flüchtlingskrise stark zu. Zu den unrühmlichen Beispielen gehört der noch immer nicht wirklich aufgeklärte Feuertod des in Deutschland lebenden Oury Jalloh aus Sierra Leone in einer Zelle des Polizeireviere Dessau am 7. Januar 2005.

Die ostdeutschen Landesregierungen versuchen seit Beginn des 21. Jahrhunderts verstärkt, an den Schulen und in der Bevölkerung gegen zunehmenden Rassismus und Fremdenfeindlichkeit mit antirassistischen, antifremdenfeindlichen und demokratischen Kampagnen zu reagieren und aufzuklären und ein demokratischeres Miteinander zu organisieren, aber diese Kampagnen erreichten viel zu wenig Menschen.

Als Ende 2014 in Dresden die ersten Pegida-Demonstranten «Wir sind das Volk» riefen und gleichzeitig gegen Ausländer, Politiker und die «Lügenpresse» hetzten, waren viele der früheren Bürgerrechtler/innen und große Teile der Bevölkerung entsetzt. Doch die Mehrheit derer, die heute «Wir sind das Volk» rufen oder brüllen, dürften mehrheitlich 1989/90 entweder gar nicht bei den Demos oder eher als passive Mitläufer dabei gewesen sein. An die Demokratie glauben sie eher nicht, sie sind von ihr enttäuscht, reagieren aus ihrer Wut und Enttäuschung heraus, und sie bilden sich ein, sie sprächen für die Mehrheit der Ostdeutschen – was sie aber keinesfalls tun! Aus diesem großen Bodensatz der vielfach Enttäuschten schöpft auch die AfD, die besonders nach ihrem innerparteilichen Machtkampf und anschließendem Führungswechsel im Juli 2015 an Attraktivität in Ostdeutschland gewonnen hat und von vielen als jeweilige Alternative zur Linken, CDU, SPD und B90/Die Grünen wahrgenommen wird. Nach dem Motto: Jetzt sind wir wieder wer, jetzt werden wir gehört! Jetzt können wir die «Lügenpolitiker» und die «Lügenpresse» ärgern, so viel wir wollen!

Den Nachdenklichen unter ihnen möchte ich zurufen: Besinnt euch auf das, wofür wir 1989/90 auf die Straße gegangen sind! Es wird Zeit, dass wir in Deutschland und Europa wieder gemeinsam an einem demokratischen Konsens arbeiten, denn die Probleme unserer gemeinsamen Welt sind nicht kleiner geworden, und sie wollen von uns allen gelöst werden!

10606 Z (mit LZ)

Kurzbiografie

Petra Hoffmann (*1946) Dr. rer. nat., Biochemikerin und Autorin, 1990 Mitglied des SPD-(DDR) Vorstands, 1990-2005 Mitglied der Kontrollkommission beim SPD-Parteivorstand. Zeitzeugin der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur. Veröffentlichung zuletzt: *Der Große Fluss. Hundert Gedichte*, Halle 2016.